

Reg. Nr. 1.3.1.11

Nr. 14-18.516.02

Interpellation Martin Leschhorn Strebel betreffend Basel zeigt Haltung

Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Die Solidaritätsaktion „Basel zeigt Haltung“ wird kontrovers diskutiert. Der Gemeinderat hat schon zu einem frühen Zeitpunkt gegenüber den Medien deutlich gemacht, dass ihm das Thema wichtig sei. Es ist ihm sogar so wichtig, dass es seines Erachtens nicht mit einer Kampagne getan ist, sondern im Tagesgeschäft seinen Platz haben muss. Und es muss allen klar sein: Fremdenfeindlichkeit hat keinen Platz. Der Gemeinderat verurteilt solche Tendenzen in aller Form.

Von daher teilt er zwar die inhaltliche Stossrichtung der angesprochenen Kampagne, welche wie folgt definiert worden ist:

- Fremdenfeindlichkeit (Assoziation mit Wohnungsmangel, Arbeitsmarktverdrängung, Dichtestress, Umweltbelastung, Überbevölkerung)
- Hetze gegen religiöse Gruppen: Judenfeindlichkeit - Islamfeindlichkeit
- Flüchtlingsproblematik (Syrienkonflikt und Flüchtlingspolitik)

Diese Themen sollen mit der Aktion „Basel zeigt Haltung“ angesprochen werden, indem man für Vernunft, Offenheit und Fairness plädiert. Er hat sich aber gegen eine Mitwirkung entschieden, was in der Antwort zu Frage 3 begründet wird.

Die einzelnen Fragen können wie folgt beantwortet werden, wobei wir uns gestatten, die Fragen 1 bis 3 zusammenzufassen:

1. *Wurde der Gemeinderat vom Präsidialdepartement eingeladen, an der Kampagne mitzuwirken?*
2. *Wenn Nein, hat der Gemeinderat das Präsidialdepartement darauf angesprochen?*
3. *Falls die Gemeinde Riehen eingeladen wurde, an der Kampagne mitzuwirken, möchte der Interpellant vom Gemeinderat wissen, aus welchen Gründen er nicht an der Kampagne teilgenommen hat.*

Ja, der Gemeinderat ist eingeladen worden, an der Aktion mitzuwirken. Er hat die kurzfristige Anfrage in seiner Sitzung vom 12. August 2014 besprochen. Grundlage für die Diskussion war ein knapp gehaltenes Konzeptpapier, welches den Gemeinderat nicht zu überzeugen vermochte, weshalb er einen abschlägigen Bescheid übermittel-



Seite 2

te. Am 13. August 2014 hat der Gemeinderat die Initianten von seinem Beschluss in Kenntnis gesetzt mit dem Hinweis, dass

- das Konzept etwas diffus erscheint (dreifache inhaltliche Stossrichtung der Themen),
- die Akteure noch nicht benannt sind und dass sich solche erst finden lassen, wenn die Botschaft an Klarheit gewinnt,
- nicht ersichtlich ist, wie die angesprochene Nachhaltigkeit der Aktion sichergestellt werden kann.

Weiter hat der Gemeinderat geschrieben, dass es der Aktion allenfalls zuträglich wäre, man hätte sich und den potenziellen Allianzpartnern etwas mehr Zeit eingeräumt, um im Gespräch die Ziele und Erwartungen aufeinander abstimmen zu können.

Der Gemeinderat hätte es begrüsst, man hätte sich der Ernsthaftigkeit und Wichtigkeit des Themas angemessen bereits auf Initianten-Ebene vertiefter mit der Materie befasst und ein ausgegorenes Konzept präsentiert oder mehr Zeit zur Nachbesserung eingeräumt. Diesen Weg konnten die Initianten offenbar aus zeitlichen Gründen nicht beschreiten, weshalb dem Gemeinderat nur die abschlägige Antwort blieb.

4. Wäre der Gemeinderat bereit, im Falle, dass eine zweite Phase der Kampagne startete, diese zu unterstützen?

Der Gemeinderat hat der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung mitgeteilt, ein Engagement in einer allfälligen nächsten Phase nochmals zu prüfen und sich - sofern die gewählten Inhalte und Mittel zielführend scheinen - an der Kampagne zu beteiligen.

5. Ist der Gemeinderat bereit von sich aus ein Zeichen zu setzen und einen Beitrag an eine Organisation wie die „Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus“ zu leisten?

Der Gemeinderat setzt bereits Zeichen. Wie einleitend bemerkt, muss das angesprochene Thema Platz im Tagesgeschäft haben. So hat der Gemeinderat Ende des vergangenen Jahres mit dem Politikplan angekündigt, dass er in der Entwicklungszusammenarbeit für das Jahr 2014 das Schwerpunktthema „Armut und Gesellschaft“ gesetzt habe. Unter diesem Titel werden Projekte unterstützt, die dazu beitragen, die Zivilgesellschaft zu stärken oder die sich zum Fürsprecher für Menschenrechte machen. Insofern wird das Anliegen des Interpellanten bereits erfüllt und zwar mit Beiträgen, die weit über denjenigen liegen, welche für die Kampagne „Basel zeigt Haltung“ eingesetzt werden.

Riehen, 23. September 2014

Gemeinderat Riehen